

ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

STUDI



GASSNER

# Kompendium Verwaltungsrecht

mit Musterentscheidungen  
und Arbeitshilfen

3. Auflage

 BOORBERG

# Kompendium Verwaltungsrecht

mit Musterentscheidungen und Arbeitshilfen

Prof. Dr. Kathi Gassner

Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung

3., aktualisierte Auflage, 2024

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek | Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über [www.dnb.de](http://www.dnb.de) abrufbar.

3. Auflage, 2024

Print-ISBN: 978-3-415-07653-2

E-ISBN: 978-3-415-07654-9

© 2012 Richard Boorberg Verlag

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Titelfoto: © Asier – stock.adobe.com | Satz und eBook-Umsetzung:  
Olaf Mangold Text&Typo, 70374 Stuttgart

Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG | Scharrstraße 2 | 70563 Stuttgart  
Stuttgart | München | Hannover | Berlin | Weimar | Dresden  
[www.boorberg.de](http://www.boorberg.de)

## Vorwort

Dieses Buch ist in erster Linie für Studierende der Hochschulen für öffentliche Verwaltung gedacht. Behandelt werden sowohl die zentralen und prüfungsrelevanten Grundlagen des allgemeinen Verwaltungsrechts (einschließlich Widerspruchsverfahren) als auch die Gutachten- und Bescheidtechnik. Ausgangspunkt ist die konkrete Bearbeitungssituation in der Behörde: Anhand zweier Aktenfälle, die zu Beginn vorgestellt werden, wird der prüfungsrelevante Pflichtfachstoff aus der Handlungsperspektive der Verwaltung vermittelt.

Das Lehrbuch erscheint in der dritten Auflage. Die Neuauflage wurde für eine umfassende Aktualisierung genutzt (Stand: 31.07.2024). Schwerpunkte sind nach wie vor der recht- und zweckmäßige Erlass von Verwaltungsentscheidungen durch die Ausgangsbehörde (Verwaltungsakte einschließlich Vollstreckung, öffentlich-rechtliche Verträge und abstrakt-generelle Regelungen der Verwaltung), deren Aufhebung (insbesondere Rücknahme und Widerruf von Verwaltungsakten) und das Widerspruchsverfahren.

Herrn Prof. Dr. Heinz-Joachim Peters, der mir bei der ersten Auflage des Kompendiums Verwaltungsrecht mit vielen Ratschlägen zur Seite gestanden hat, gilt nach wie vor mein ganz besonderer Dank. Bedanken möchte ich mich auch bei meinem Lektor Herrn Dr. Markus Rutsche für das Vertrauen und die sehr gute Zusammenarbeit.

Auf den Dialog mit Ihnen freue ich mich. Für Anregungen, Kritik und Hinweise an Prof. Dr. Kathi Gassner, Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Bundeswehrverwaltung, Seckenheimer Landstraße 10, 68163 Mannheim oder [kathi.gassner@hsbund-fbbwv.de](mailto:kathi.gassner@hsbund-fbbwv.de) bin ich sehr dankbar.

Mannheim, im August 2024

Kathi Gassner



# Inhaltsverzeichnis

<b>Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur</b> .....	25
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	27
<b>Teil 1: Arbeitsmethode und Ausgangsfälle</b>	
<b>1. Kapitel: Arbeitsmethode</b> .....	31
<b>2. Kapitel: Ausgangsfall 1 (Abbruch der Gabionenmauer)</b> .....	33
<b>3. Kapitel: Ausgangsfall 2 (Güterkraftverkehrserlaubnis)</b> .....	36
<b>Teil 2: Grundlagen</b>	
<b>1. Kapitel: Grundbegriffe</b> .....	38
A. Der Begriff „Verwaltung“ .....	38
B. Der Begriff „Verwaltungsrecht“ .....	41
I. Übersicht .....	41
II. Öffentliches Recht und Privatrecht .....	42
III. Justizrecht .....	43
IV. Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht .....	44
V. Unionsrecht, Staatsrecht und sonstiges Völkerrecht .....	46
VI. Verwaltungsrecht .....	46
1. Die drei Säulen des Verwaltungsrechts .....	46
2. Allgemeines und besonderes Verwaltungsrecht .....	47
3. Innen- und Außenrecht .....	48
C. Der Begriff „subjektiv-öffentliches Recht“ .....	49
<b>2. Kapitel: Allgemeines zur Rechtsanwendung</b> .....	51
A. Rechtsnormen lesen und Struktur erkennen können .....	51
B. Rangverhältnis von Rechtsnormen beachten .....	54
I. Spezialnormen vor allgemeinen Normen .....	54
II. Sonstige Rangregeln .....	55
C. Auslegung und Korrektur von Rechtsnormen .....	56
D. Analoge Anwendung von Rechtsnormen .....	61

E.	Umgang mit rechtswidrigen Gesetzen und sonstigen Rechtsnormen (Normenverwerfungskompetenz) . . . . .	61
I.	Verstöße gegen deutsches Recht . . . . .	62
II.	Verstöße deutscher Rechtsnormen gegen Unionsrecht . . . . .	63
<b>3. Kapitel: Die Stellung der Verwaltung</b>	. . . . .	<b>64</b>
A.	Verwaltung und Volk/Bürgerschaft/Öffentlichkeit . . . . .	64
B.	Verwaltung und Parlament (Bundes- bzw. Landtag) . . . . .	64
I.	Vorrang des Gesetzes . . . . .	64
II.	Parlamentsvorbehalt . . . . .	65
III.	(Parlaments-)Gesetzesvorbehalt . . . . .	65
IV.	Handlungsspielräume der Verwaltung . . . . .	69
C.	Verwaltung und Rechtsprechung . . . . .	71
I.	Erstentscheidungskompetenz der Verwaltung und Richter- vorbehalt . . . . .	71
II.	Letztentscheidungsrecht der Gerichte . . . . .	72
III.	Keine umfassende Verwaltungskontrolle, nur Rechtsschutz . . . . .	74
D.	Verwaltung und der Einzelne . . . . .	74
I.	Über-/Unterordnungsverhältnis im Verwaltungsrecht . . . . .	74
II.	Subjektiv-öffentliche Rechte des Einzelnen . . . . .	75
<b>4. Kapitel: Die Organisation der Verwaltung</b>	. . . . .	<b>76</b>
I.	Wichtige Begriffe . . . . .	76
1.	Verwaltungsträger, juristische Person des öffentlichen Rechts, Beliehene . . . . .	76
2.	Verwaltungsorgane, Organleihe, Organwalter und Behörde . . . . .	78
3.	Unmittelbare und mittelbare Bundes- bzw. Landes- verwaltung . . . . .	80
4.	Aufgabe, Befugnis, Zuständigkeit . . . . .	80
II.	Verteilung der Verwaltungskompetenzen zwischen Bund und Ländern sowie zwischen EU und Mitgliedstaaten . . . . .	82
III.	Aufbau der Verwaltung im Bund und in den Ländern . . . . .	83
1.	Allgemeines . . . . .	83
2.	Aufbau der Bundesverwaltung . . . . .	83
3.	Aufbau der Landesverwaltungen . . . . .	85
<b>5. Kapitel: Handlungsformen der Verwaltung</b>	. . . . .	<b>87</b>
A.	Allgemeines zu den Handlungsformen . . . . .	87
I.	Einführung in die Lehre von den Handlungsformen der Verwaltung . . . . .	87

II.	Übersicht über die verwaltungsrechtlichen Handlungsformen .....	88
B.	Der Verwaltungsakt .....	89
I.	Begriff des Verwaltungsakts .....	89
II.	Einteilung der Verwaltungsakte .....	93
1.	Einteilung nach der Wirkung für den Adressaten und für Dritte .....	93
2.	Einteilung nach der zeitlichen Dauer der Regelung .....	94
3.	Einteilung nach der Art der Regelung .....	94
4.	Einteilung nach Individual- und Allgemeinverfügung .....	94
III.	Das behördliche Versprechen des (Nicht-)Erlasses von Verwaltungsakten .....	96
IV.	Existenz, Wirksamkeit und Bestandskraft von Verwaltungsakten .....	96
C.	Der öffentlich-rechtliche Vertrag der Verwaltung .....	98
D.	Abstrakt-generelle Regelungen der Verwaltung .....	99
E.	Funktionen der Handlungsformen .....	100
<b>6. Kapitel: Verfahrensrecht</b>	.....	<b>101</b>
A.	Verwaltungsakte und öffentlich-rechtliche Verträge .....	101
I.	Landesbehörden .....	101
1.	Baden-Württemberg .....	101
2.	Sonstige Bundesländer .....	101
II.	Bundesbehörden .....	102
III.	Das Verwaltungsverfahrenrecht beim Vollzug von Unionsrecht .....	102
B.	Sonstige Handlungsformen .....	103
<b>7. Kapitel: Grundsätze für Verwaltungshandeln</b>	.....	<b>103</b>
A.	Einführung .....	103
B.	Gesetzmäßigkeit der Verwaltung .....	104
I.	Vorrang des Gesetzes (Wiederholung und Vertiefung) .....	104
II.	Vorbehalt des Gesetzes (Wiederholung und Vertiefung) .....	105
C.	Die Grundrechtsbindung der Verwaltung .....	106
D.	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz .....	108
I.	Praktische Bedeutung und Lernmethode .....	108
II.	Allgemeine Grundlagen .....	109
1.	Geschichte .....	109



2. Verfassungs- und Unionsrecht .....	109
3. Definitionen .....	109
III. Vertiefung (Fortgeschrittene) .....	111
1. Geltungsbereich des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes ...	111
2. Allgemein zur Verhältnismäßigkeitsprüfung von formellen Gesetzen .....	113
3. Beispiel zur Verhältnismäßigkeitsprüfung von formellen Gesetzen .....	114
4. Verhältnismäßigkeitsprüfung von Maßnahmen der Verwaltung .....	116
 <b>Teil 3: Die Verwaltung als Erstanwenderin</b>	
<b>1. Kapitel: Der Erlass belastender Verwaltungsakte .....</b>	<b>117</b>
A. Aufgaben und Lernziele/-inhalte .....	117
B. Prüfungsschema für den Erlass eines belastenden Verwaltungs- akts .....	119
C. Rechtmäßiger Erlass eines belastenden Verwaltungsakts .....	120
I. Einführung: Rechtmäßigkeit belastender Verwaltungsakte ..	120
II. Rechtsgrundlage, Verwaltungsakt-Befugnis und Zuständigkeit .....	121
1. Rechtsgrundlage .....	121
2. Befugnis zum Handeln durch Verwaltungsakt .....	124
3. Zuständigkeit .....	124
4. Zusammenfassung: Ihr Wissensstand .....	131
III. Materielle Voraussetzungen .....	132
1. Einführung .....	132
2. Rechtmäßige und ausreichende Rechtsgrundlage .....	132
3. Das Vorliegen der Tatbestandsmerkmale .....	133
4. Rechtsfolgenrechtsseite .....	138
IV. Formelle Voraussetzungen .....	154
1. Einführung und anzuwendende Verfahrensvorschriften (§§ 1, 2, 9 (L)VwVfG) .....	154
2. Verfahren bis zum Erlass des belastenden Verwaltungsakts .....	156
3. Form .....	166
4. Bekanntgabe .....	171
D. Lösungsvorschlag (Mustergutachten) .....	175
E. Ablauf des Entscheidungsprozesses .....	181

F.	Die Gebührenfestsetzung .....	182
G.	Der Bescheid .....	183
I.	Die Bestandteile des Bescheids .....	183
1.	Überblick .....	183
2.	Der Briefkopf und die Einleitung .....	183
3.	Der Tenor/die Tenorierung .....	183
4.	Die Begründung .....	184
5.	Die Rechtsbehelfsbelehrung .....	185
6.	Ggf. weitere Rechtshinweise .....	185
7.	Grußformel und Unterschrift .....	185
II.	Der Sprachstil im Bescheid .....	186
III.	Musterbescheid .....	187
H.	Vertiefungshinweise zum Erlass belastender Verwaltungsakte ..	192
I.	Vertiefung „Rechtsgrundlagen“ .....	192
1.	Überblick über sonstige Rechtsgrundlagen .....	192
2.	Befehlende Verwaltungsakte .....	193
3.	Belastende rechtsgestaltende Verwaltungsakte .....	195
4.	Belastende feststellende Verwaltungsakte .....	195
II.	Vertiefung „Zuständigkeit“ .....	196
III.	Vertiefung „Materielle Voraussetzungen“ .....	196
1.	Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen .....	196
2.	Rechtsfolgenseite/Regelungsadressat .....	197
IV.	Vertiefung „Sonstige formelle Voraussetzungen“ .....	200
	<b>2. Kapitel: Die sofortige Vollziehbarkeit des Verwaltungsakts .....</b>	<b>200</b>
A.	Ausgangsfall, Lernziele/-inhalte und Kurzeinführung .....	200
I.	Ausgangsfall, Lernziele/-inhalte .....	200
II.	Vorläufiger Rechtsschutz durch Eintritt der aufschiebenden Wirkung .....	202
III.	Automatischer Wegfall der aufschiebenden Wirkung von Gesetzes wegen .....	204
IV.	Wegfall der aufschiebenden Wirkung durch behördliche Anordnung .....	205
B.	Prüfungsschema für die Anordnung der sofortigen Vollziehung .	206
C.	Rechtmäßige Anordnung der sofortigen Vollziehung .....	207
I.	Rechtsgrundlage und Zuständigkeit .....	207
1.	Rechtsgrundlage .....	207
2.	Zuständigkeit .....	207
II.	Materielle Voraussetzungen .....	207
1.	Tatbestandsvoraussetzungen .....	207

2. Rechtsfolge .....	209
III. Formelle Voraussetzungen .....	210
1. Verfahren .....	210
2. Form .....	211
3. Bekanntgabe .....	211
D. Lösungsvorschlag (gutachtliche Prüfung) .....	211
E. Entwurf einer Anordnung der sofortigen Vollziehung .....	213
I. Vorbemerkung .....	213
II. Musteranordnung .....	214
F. Übungen und Vertiefungshinweise .....	217
I. Übungen .....	217
II. Vertiefungshinweise .....	219
1. Weitere Bedingungen für den Eintritt des Suspensiv- effekts .....	219
2. Detailprobleme zu § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 bis 3a und S. 2 VwGO .....	219
3. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung auf Antrag eines Bürgers .....	219
4. Die Aussetzung der Vollziehung, §§ 80 Abs. 4, 80a Abs. 1 Nr. 2 VwGO .....	220
5. Europarechtskonforme Auslegung von § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 VwGO .....	220
<b>3. Kapitel: Die Vollstreckung befehlender Verwaltungsakte .....</b>	<b>220</b>
A. Ausgangsfall, Lernziele/-inhalte und Grundlagen .....	220
I. Ausgangsfall .....	220
II. Lernziele/-inhalte und Überblick über dieses Kapitel .....	221
III. Grundlagen .....	221
B. Prüfungsschemata .....	224
I. Vollstreckung sonstiger befehlender Verwaltungsakte .....	224
1. Die Androhung eines bestimmten Zwangsmittels .....	224
2. Die Festsetzung von Zwangsmitteln (in BW: nur bei Zwangsgeld erforderlich) .....	225
3. Die Durchführung der Ersatzvornahme bzw. des unmittelbaren Zwangs .....	226
4. Die Beantragung von Zwangshaft .....	227
5. Kostenbescheid für die Ersatzvornahme bzw. den unmittelbaren Zwang .....	228
II. Vollstreckung von Verwaltungsakten, die zur Geldleistung verpflichten .....	229

C.	Die rechtmäßige Androhung von Zwangsmitteln .....	231
I.	Rechtsgrundlage und Zuständigkeit .....	231
II.	Materielle Voraussetzungen .....	232
1.	Tatbestandsvoraussetzungen .....	232
2.	Rechtsfolge .....	235
III.	Formelle Voraussetzungen .....	241
1.	Verfahren .....	241
2.	Form .....	242
3.	Bekanntgabe .....	242
IV.	Gebühr .....	242
D.	Lösungsvorschlag .....	243
E.	Musterbescheid für die separate Androhung von Zwangsmitteln .....	246
I.	Bescheidtechnische Regeln .....	246
II.	Musterbescheid .....	247
F.	Rechtmäßiger Erlass eines Kostenbescheids .....	249
I.	Fortsetzung des Ausgangsfalls .....	249
II.	Lösungsvorschlag .....	251
G.	Pfändungs- und Einziehungsverfügung .....	253
I.	Fortsetzung des Ausgangsfalls .....	253
II.	Auszug aus einer Pfändungs- und Einziehungsverfügung an den Drittschuldner .....	254
III.	Auszug aus einer Mitteilung an den Schuldner .....	255
	<b>4. Kapitel: Belastender Verwaltungsakt, Anordnung der sofortigen Vollziehung und Zwangsmittelandrohung in einem Bescheid .....</b>	<b>256</b>
	<b>5. Kapitel: Die unmittelbare Ausführung bzw. der Sofortvollzug ...</b>	<b>256</b>
A.	Abwandlung von Ausgangsfall 1 und Lernziele/-inhalte .....	256
B.	Prüfungsschemata .....	259
I.	Unmittelbare Ausführung nach § 8 Abs. 1 S. 1 PolG BW ...	259
II.	Kostenbescheid für die unmittelbare Ausführung .....	259
C.	Rechtmäßige unmittelbare Ausführung .....	260
I.	Rechtsgrundlage und Zuständigkeit .....	260
1.	Rechtsgrundlage für die unmittelbare Ausführung .....	260
2.	Zuständigkeit .....	261
II.	Materielle Voraussetzungen .....	261
1.	Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen der Rechts- grundlage .....	261

2. Kein Verstoß gegen sonstiges Recht .....	262
III. Formelle Voraussetzungen .....	262
D. Lösungsvorschlag zu Aufgabe 1 .....	262
E. Die Notzuständigkeit (Aufgabe 2) .....	264
I. Rechtsgrundlage und Zuständigkeit .....	264
II. Materielle Voraussetzungen .....	265
III. Formelle Voraussetzungen .....	266
F. Rechtmäßiger Kostenbescheid (§ 8 Abs. 2 S. 1 PolG BW) .....	266
I. Rechtsgrundlage und Zuständigkeit .....	266
II. Materielle Voraussetzungen .....	266
1. Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen von § 8 Abs. 2 S. 1 PolG BW .....	266
2. Rechtsfolgende .....	267
III. Formelle Voraussetzungen .....	268
IV. Sonstiges .....	268
G. Musterkostenbescheid (Auszug) .....	268
H. Andere Bundesländer und Bund .....	271
I. Vertiefungshinweise .....	272
<b>6. Kapitel: Der Erlass begünstigender Verwaltungsakte .....</b>	<b>272</b>
A. Ausgangsfall, Lernziele und -inhalte .....	272
B. Prüfungsschemata .....	273
I. Prüfungsschema für den Erlass begünstigender Verwaltungsakte .....	273
II. Begünstigende Verwaltungsakte, auf die ein Anspruch besteht .....	275
1. Entscheidung über das „Ob“ des begünstigenden Verwaltungsakts .....	275
2. Erlass weiterer Nebenbestimmungen .....	275
III. Begünstigende Verwaltungsakte, auf die kein Anspruch besteht .....	276
C. Rechtmäßiger Erlass begünstigender Verwaltungsakte .....	277
I. Rechtsgrundlage .....	277
1. Allgemeines .....	277
2. Die Suche nach der passenden Rechtsgrundlage in Fall 2 .....	278
II. Formelle Voraussetzungen .....	280
1. Zuständigkeit .....	280

2. Verfahren .....	281
3. Form .....	289
4. Bekanntgabe .....	291
III. Materielle Voraussetzungen .....	291
1. Allgemeines .....	291
2. Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen der Rechts- grundlage .....	291
3. Rechtsfolge .....	295
IV. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung .....	297
V. Gebührenentscheidung .....	298
VI. Weiteres Verfahren nach Erteilung der Erlaubnis .....	298
VII. Lösungsvorschlag (gutachtliche Prüfung) .....	299
D. Der Bescheid .....	302
I. Bescheidtechnische Regeln .....	302
II. Musterbescheid .....	303
E. Die Ablehnung eines begünstigenden Verwaltungsakts .....	304
I. Ablehnung eines Antrags, weil es keiner Erlaubnis bedarf ..	304
II. Ablehnung eines Antrags wegen eines Versagungsgrunds ..	304
1. Abwandlung des Ausgangsfalls .....	304
2. Allgemeines .....	304
3. Lösungsvorschlag .....	305
III. Ablehnungsbescheid .....	308
F. Vertiefungshinweise .....	308
I. Überblick über weitere Rechtsgrundlagen .....	308
1. Begünstigende rechtsgestaltende Verwaltungsakte .....	308
2. Begünstigende feststellende Verwaltungsakte .....	310
II. Themen für den Fortgeschrittenen .....	311
1. Repressive Verbote mit Befreiungsvorbehalt .....	311
2. Spezialgesetz und Konzentrationswirkung .....	311
3. Erlass eines dinglichen Verwaltungsakts .....	311
4. Besonderheiten im Verfahren .....	311
5. Die Bedeutung des Europarechts .....	312
6. Die Anerkennung deutscher/ausländischer Zulassungen .	313
<b>7. Kapitel: Erlass von Verwaltungsakten mit Nebenbestimmungen</b> .	<b>313</b>
A. Abwandlung von Ausgangsfall 2, Lernziele/-inhalte .....	313
B. Prüfungsschemata .....	315
I. Rechtmäßiger Erlass einer Nebenbestimmung .....	315
II. Einbau der Rechtmäßigkeitsprüfung ins Hauptprüfungs- schema .....	316

C.	Grundlagen	317
I.	Begriff und Arten von Nebenbestimmungen, Abgrenzungen	317
1.	Begriff der Nebenbestimmung	317
2.	Wichtige Abgrenzungen	317
3.	Arten von Nebenbestimmungen	319
II.	So geht die Ausgangsbehörde am besten vor	320
III.	Auslegung und Auslegungsprobleme	322
D.	Der recht- und zweckmäßige Erlass von Nebenbestimmungen	323
I.	Rechtsgrundlage für den Erlass von Nebenbestimmungen	323
II.	Formelle Voraussetzungen	324
III.	Materielle Voraussetzungen für den Erlass von Nebenbestimmungen zu Verwaltungsakten, auf die ein Anspruch besteht (§ 36 Abs. 1 Var. 2 (L)VwVfG)	325
1.	Tatbestandsvoraussetzungen	325
2.	Rechtsfolgende	329
IV.	Materielle Voraussetzungen für den Erlass begünstigender Ermessensverwaltungsakte mit Nebenbestimmungen (§ 36 Abs. 2 (L)VwVfG)	330
V.	Materielle Voraussetzungen für den Erlass von Nebenbestimmungen zu belastenden Verwaltungsakten (§ 36 Abs. 2 (L)VwVfG)	331
VI.	Nebenregelungen zu Nebenbestimmungen	333
1.	Anordnung der sofortigen Vollziehung der Nebenbestimmung	333
2.	Androhung eines bestimmten Zwangsmittels bei nicht fristgerechter Erfüllung einer Auflage	333
E.	Lösung zum Ausgangsfall (Gutachten)	334
F.	Nebenbestimmungen im Bescheid	338
I.	Bescheidtechnische Regeln	338
II.	Mustertenorierungen und Rechtsbehelfsbelehrung	338
	<b>8. Kapitel: Abschluss öffentlich-rechtlicher Verträge</b>	<b>340</b>
A.	Ausgangsfall, Lernziel/-inhalte	340
B.	Prüfungsschema: Rechtmäßiger Abschluss öffentlich-rechtlicher Verträge	344
C.	Rechtliche Voraussetzungen für den Abschluss öffentlich-rechtlicher Verträge	346
I.	Rechtsgrundlage	346

1. Allgemeine Zulässigkeit des Handelns durch öffentlich-rechtlichen Vertrag .....	346
2. Richtige Rechtsgrundlage je nach Vertragsart .....	347
3. Spezielle Ermächtigung .....	347
II. Formelle Voraussetzungen .....	348
1. Zuständigkeit .....	348
2. Verfahren .....	349
3. Form des Vertragsschlusses .....	350
4. Ggf. Zustimmung Dritter und anderer Behörden zum Vertrag .....	351
5. Bekanntgabe des Vertrags .....	352
III. Materielle Voraussetzungen bei Austauschverträgen .....	353
1. Tatbestandsvoraussetzungen nach § 56 (L)VwVfG .....	353
2. Ordnungsgemäße Ermessensausübung .....	356
IV. Materielle Voraussetzungen bei Vergleichsverträgen .....	357
1. Tatbestandsvoraussetzungen .....	357
2. Ordnungsgemäße Ermessensausübung .....	357
V. Materielle Voraussetzungen bei koordinationsrechtlichen Verträgen .....	357
1. Tatbestandsvoraussetzungen .....	357
2. Ordnungsgemäße Ermessensausübung .....	358
D. Lösung von Ausgangsfall 1 .....	358
E. Lösung von Ausgangsfall 2 .....	361
F. Muster von öffentlich-rechtlichen Verträgen .....	363
I. Hinweise zur Vertragsgestaltung .....	363
II. Muster für den Abschluss eines Austauschvertrags (Fall 1) ..	364
G. Vertiefungshinweise .....	366
<b>9. Kapitel: Überblick über sonstiges Verwaltungshandeln .....</b>	<b>368</b>
A. Schlichtes Verwaltungshandeln .....	368
B. Beschlüsse von Kollegialorganen .....	368
<b>10. Kapitel: Erlass von abstrakt-generellen Regelungen durch die Verwaltung .....</b>	<b>370</b>
A. Ausgangsfälle, Lernziele/-inhalte .....	370
B. Prüfungsschemata .....	372
I. Rechtmäßiger Erlass einer Rechtsverordnung .....	372
II. Rechtmäßiger Erlass einer Satzung .....	373
III. Rechtmäßiger Erlass einer Verwaltungsvorschrift .....	374



C.	Rechtmäßiger Erlass einer Rechtsverordnung	375
I.	Rechtsgrundlage	375
II.	Formelle Voraussetzungen	376
1.	Zuständigkeit	376
2.	Verfahren	377
3.	Form	378
4.	Bekanntgabe (Verkündung)	379
5.	Anzeige der Rechtsverordnung an Aufsichtsbehörden	380
III.	Materielle Voraussetzungen	380
1.	Tatbestandsvoraussetzungen der Rechtsgrundlage	380
2.	Rechtsfolgenreihe	380
D.	Erlass von Satzungen	383
I.	Rechtsgrundlage und Satzungsbefugnis	383
II.	Formelle Voraussetzungen	385
1.	Zuständigkeit	385
2.	Verfahren	385
3.	Form	387
4.	Bekanntgabe	388
5.	Ggf. Anzeige von Satzungen bei der Rechtsaufsichtsbehörde	388
III.	Materielle Voraussetzungen	388
1.	Tatbestandsvoraussetzungen	388
2.	Setzen einer rechtmäßigen Rechtsfolge	389
E.	Erlass von Verwaltungsvorschriften	390
I.	Arten von Verwaltungsvorschriften	390
1.	Unterscheidung nach dem Inhalt	390
2.	Unterscheidung nach der Stellung zum formellen Gesetz	390
II.	Rechtmäßiger Erlass von Verwaltungsvorschriften	391
1.	Rechtsgrundlage bzw. Befugnis zum Handeln durch Verwaltungsvorschrift	391
2.	Formelle Voraussetzungen	392
3.	Materielle Voraussetzungen	393
III.	Rechtliche Außenwirkung von Verwaltungsvorschriften	394
F.	Aufbau von abstrakt-generellen Regelungen	396
I.	Regeln zur Aufbautechnik von abstrakt-generellen Regelungen	396
II.	Muster	397
G.	Lösung des Ausgangsfalls	398

**Teil 4: Fehlerfolgenlehre**

<b>1. Kapitel: Einführung</b> .....	401
<b>2. Kapitel: Fehler bei Erlass von Verwaltungsakten</b> .....	401
A. Ausgangsfall; Lerninhalte und Lernziele .....	401
B. Prüfungsschemata .....	403
I. Allgemeines Prüfungsschema .....	403
II. Übersicht über Fehlerfolgen nach dem (L)VwVfG .....	404
C. Fehlerfolgen .....	406
I. Fehlende oder fehlerhafte Bekanntgabe .....	406
1. Fehlender Bekanntgabewille oder fehlender Zugang ....	407
2. Bekanntgabe an Beteiligungs- oder Handlungsunfähige ..	407
3. Falsche Bekanntgabeart .....	408
4. Fehler im Zustellungsvorgang .....	409
5. Fehlende oder fehlerhafte Zustellung an den Bevoll-	
mächtigten .....	410
II. Behörde wollte etwas anderes als erklärt .....	410
III. Verstöße gegen die (sonstigen) formellen oder materiellen	
Voraussetzungen .....	411
1. Nichtigkeit oder bloße Rechtswidrigkeit von	
Verwaltungsakten .....	411
2. Heilbarkeit bloß rechtswidriger (nicht nichtiger)	
Verwaltungsakte .....	412
3. Anfechtbarkeit rechtswidriger Verwaltungsakte .....	413
IV. Fehlende, unvollständige oder inhaltlich falsche Rechts-	
behelfsbelehrung .....	415
V. Verstöße gegen Verwaltungsvorschriften und sonstiges	
verwaltungsinternes Recht .....	415
D. Umdeutung .....	416
E. Lösungsvorschlag .....	417
<b>3. Kapitel: Fehler bei Anordnung der sofortigen Vollziehung</b> .....	420
<b>4. Kapitel: Fehler bei Abschluss öffentlich-rechtlicher Verträge</b> ....	421
A. Ausgangsfall, Lernziele und Lerninhalte .....	421
B. Übersicht über etwaige Fehlerfolgen .....	422
C. Fehlerfolgen .....	423
I. Grundsätze .....	423
II. Vertragsschluss trotz Vertragsformverbots .....	425

III. Vertragsschluss ohne erforderliche Ermächtigungsgrundlage	426
IV. Vertragsschluss durch eine unzuständige Behörde	426
V. Formverstöße	427
VI. Sonstige Verstöße gegen den Vorrang des Gesetzes	427
D. Lösungsvorschlag	428
<b>5. Kapitel: Fehler bei Erlass abstrakt-genereller Verwaltungsregelungen</b>	429
I. Grundsätze	429
II. Folgen von Rechtsverstößen im Einzelnen	430
1. Erlass ohne erforderliche Rechtsgrundlage/Wegfall der Rechtsgrundlage	430
2. Verstoß gegen formelle Voraussetzungen	430
3. Verstoß gegen materielle Voraussetzungen	432
III. Auswirkungen auf den Verwaltungsakt	432
IV. Verwerfungskompetenz der Verwaltung	433
<b>6. Kapitel: Fehler bei tatsächlichem Handeln</b>	433
<b>Teil 5: Aufhebung von Verwaltungsregelungen außerhalb von Rechtsbehelfsverfahren (insbes. Verwaltungsakte)</b>	
<b>1. Kapitel: Überblick über die Unterschiede bei der Aufhebung je nach Handlungsform</b>	435
<b>2. Kapitel: Die Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte</b>	436
A. Ausgangsfall und Lernziele/-inhalte	436
B. Prüfungsschema für die Rücknahme nach § 48 (L)VwVfG	437
C. Rechtmäßige Rücknahme	439
I. Rechtsgrundlage und Zuständigkeit	439
1. Rechtsgrundlage	439
2. Zuständigkeit	440
II. Materielle Voraussetzungen	440
1. Tatbestandsvoraussetzungen	440
2. Rechtmäßige Ermessensausübung	442
III. Formelle Voraussetzungen	443
D. Lösungsvorschlag	444
E. Vertiefungshinweise	447
I. Durchsetzung von Rücknahmeentscheidungen	447
1. Rückerstattungsbescheid nach § 49a Abs. 1 (L)VwVfG	447
2. Verbot der weiteren Tätigkeit ohne Erlaubnis	448

II. Rücknahme im Rahmen eines Widerspruchsverfahrens . . . .	449
<b>3. Kapitel: Der Widerruf von Verwaltungsakten . . . . .</b>	<b>449</b>
A. Ausgangsfall und Lerninhalte/-ziele . . . . .	449
B. Prüfungsschema für den Widerruf nach § 49 (L)VwVfG . . . . .	450
C. Widerruf nicht begünstigender Verwaltungsakte ex nunc . . . . .	452
D. Widerruf von Geld- und Sachleistungsverwaltungsakten ex tunc	452
E. Widerruf begünstigender Verwaltungsakte ex nunc . . . . .	454
I. Allgemeines . . . . .	454
II. Widerruf aufgrund eines Widerrufsvorbehalts . . . . .	454
III. Widerruf wegen Nichterfüllung einer Auflage . . . . .	455
IV. Widerruf wegen Änderung der Tatsachenlage . . . . .	456
V. Widerruf wegen Änderung der Rechtslage . . . . .	457
VI. Widerruf, um schwere Nachteile für das Gemeinwohl zu verhindern . . . . .	457
F. Sonstiges . . . . .	458
I. Anordnung der sofortigen Vollziehung nach § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 VwGO . . . . .	458
II. Gebühr . . . . .	458
III. Durchsetzung des Widerrufs . . . . .	458
IV. Ersatz des Vertrauensschadens . . . . .	459
V. Exkurs: Der Erlass nachträglicher Anordnungen als mildere Maßnahme . . . . .	459
G. Lösungsvorschlag . . . . .	460
H. Widerrufsbescheid . . . . .	461
I. Bescheidtechnische Regeln . . . . .	461
II. Mustertenorierung für den Widerrufsbescheid . . . . .	461
<b>4. Kapitel: Wiederaufgreifen des Verfahrens . . . . .</b>	<b>462</b>

**Teil 6: Verwaltungskontrolle**

<b>1. Kapitel: Einführung . . . . .</b>	<b>465</b>
<b>2. Kapitel: Aufsicht (interne Verwaltungskontrolle) . . . . .</b>	<b>466</b>
A. Begriffe . . . . .	466
B. Kompetenzen der Aufsichtsbehörde . . . . .	466
C. Rechte der beaufsichtigten Behörde . . . . .	468
D. Kein subjektiv-öffentliches Recht auf Aufsicht . . . . .	469

<b>3. Kapitel: Widerspruchsverfahren</b> .....	469
A. Ausgangsfall und Lernziele/-inhalte .....	469
B. Prüfungsschemata .....	472
I. Erfolgsaussichten des Widerspruchs .....	472
II. Rechtmäßigkeit eines Widerspruchsbescheids .....	474
C. Vorprüfungen und Zulässigkeit von Widersprüchen .....	475
I. Vorprüfungen .....	475
1. Auslegung des Rechtsbehelfs .....	475
2. Zuständige Behörden im Widerspruchsverfahren .....	476
3. Bestimmung von Gegenstand und Maßstab .....	477
II. Zulässigkeit des Widerspruchs .....	478
1. Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs im späteren Gerichtsverfahren .....	478
2. Statthaftigkeit des Widerspruchs .....	479
3. Widerspruchsbefugnis nach § 68 Abs. 1 S. 1 VwGO i. V. m. § 42 Abs. 2 VwGO analog .....	483
4. Beteiligungs- und Handlungsfähigkeit, ggf. ordnungs- gemäße Vertretung .....	485
5. Richtige Stelle und richtige Form (§ 70 Abs. 1 VwGO) ...	485
6. Widerspruchsfrist (§ 70 Abs. 1 u. 2 VwGO) .....	486
7. Widerspruchsinteresse/Rechtsschutzbedürfnis .....	489
8. Entscheidung in der Sache bei Unzulässigkeit des Widerspruchs .....	489
D. Begründetheit des Anfechtungswiderspruchs .....	490
I. Prüfungsprogramm .....	490
II. Rechtswidrigkeit des Ausgangsbescheids .....	491
1. Maßgeblicher Zeitpunkt .....	491
2. Rechtsgrundlage .....	491
3. Formelle Rechtmäßigkeit/Rechtswidrigkeit .....	493
4. Materielle Rechtmäßigkeit/Rechtswidrigkeit .....	494
5. Zwischenergebnis .....	496
III. Rechtsverletzung des Widerspruchsführers .....	497
1. Rechtsverletzung des Adressaten eines belastenden Verwaltungsakts .....	497
2. Rechtsverletzung eines Dritten .....	497
IV. Kein ausnahmsweiser Ausschluss des Aufhebungs- anspruchs .....	498
1. Unbeachtlichkeit von Verstößen nach § 46 (L)VwVfG ...	498
2. Unbeachtlichkeit von Verstößen nach dem Fachrecht ...	499

3. Umdeutung eines rechtswidrigen in einen rechtmäßigen Verwaltungsakt . . . . .	499
V. Zweckmäßigkeit von Ermessensentscheidungen . . . . .	500
VI. Vertiefung: Änderung der Sach- oder Rechtslage . . . . .	501
E. Begründetheit des Verpflichtungswiderspruchs . . . . .	502
F. Anfechtungswiderspruch gegen Nebenbestimmungen . . . . .	504
I. Zulässigkeit des isolierten Anfechtungswiderspruchs . . . . .	504
1. Statthaftigkeit . . . . .	504
2. Widerspruchsbefugnis bzw. Widerspruchsinteresse . . . . .	504
II. Begründetheit des isolierten Anfechtungswiderspruchs . . . . .	505
G. Verböserung des Verwaltungsakts durch Widerspruchsbescheid (reformatio in peius) . . . . .	506
H. Lösungsvorschlag (gutachtliche Prüfung der Erfolgsaussichten eines Widerspruchs) . . . . .	507
I. Lösung von Aufgabe 1 . . . . .	507
II. Lösung von Aufgabe 2 . . . . .	511
III. Lösung von Aufgabe 3 . . . . .	512
J. Der formell rechtmäßige Erlass des Widerspruchsbescheids . . . . .	515
K. Der Widerspruchsbescheid . . . . .	516
I. Übersicht über mögliche Entscheidungen im Widerspruchs- bescheid . . . . .	516
1. Ggf. Entscheidung über die Wiedereinsetzung (§ 60 VwGO) . . . . .	516
2. Hauptentscheidung . . . . .	516
3. Kostenentscheidung . . . . .	517
4. Gebührenentscheidung . . . . .	518
5. Ggf. sonstige Anordnungen . . . . .	518
II. Bescheidtechnische Regeln . . . . .	519
III. Tenorierung beim Anfechtungswiderspruchsbescheid . . . . .	520
IV. Tenorierung beim Verpflichtungswiderspruchsbescheid . . . . .	521
V. Muster: Auszug aus dem Widerspruchsbescheid zu Aufgabe 4 . . . . .	523
<b>4. Kapitel: Die Verwaltung vor Gericht . . . . .</b>	<b>525</b>
A. Ausgangsfall und Lernziele . . . . .	525
B. Prüfungsschemata . . . . .	526
I. Überblick über Klage- und Antragsarten . . . . .	526
II. Zulässigkeit von Klagen und Normenkontrollanträgen . . . . .	529
III. Begründetheit von Klagen und Normenkontrollanträgen . . . . .	531

IV. Zulässigkeit von Anträgen auf vorläufigen Rechtsschutz . . .	531
V. Begründetheit von Anträgen auf vorläufigen Rechtsschutz . .	533
C. Die Übersendung der Behördenakte(n) an das Gericht . . . . .	533
D. Die Antrags- bzw. Klageerwiderung der Verwaltung . . . . .	534
I. Die Erwiderung auf einen Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO . .	534
1. Was in der Behörde passiert . . . . .	534
2. Was vor Gericht passiert . . . . .	535
II. Die Erwiderung auf einen Antrag nach § 80a Abs. 3 VwGO .	537
1. Drittwiderspruch gegen einen begünstigenden Verwal-	
tungsakt . . . . .	537
2. Anfechtungswiderspruch gegen einen drittschützenden	
Verwaltungsakt . . . . .	537
III. Klageerwiderung auf eine Anfechtungsklage . . . . .	537
1. Was in der Behörde passiert . . . . .	537
2. Was vor Gericht passiert . . . . .	539
IV. Klageerwiderung auf eine Verpflichtungsklage . . . . .	540
1. Was in der Behörde passiert . . . . .	540
2. Was vor Gericht passiert . . . . .	541
V. Klageerwiderung auf eine isolierte Anfechtungsklage gegen	
Nebenbestimmungen . . . . .	541
VI. Normenkontrollanträge . . . . .	542
E. Verwaltung als Klägerin bzw. Antragstellerin . . . . .	542
F. Vertretung der Verwaltung vor Gericht . . . . .	543
G. Vorlagen an den EuGH bzw. an das BVerfG . . . . .	544
H. Rechtsmittel gegen Gerichtsentscheidungen . . . . .	544
I. Rechtskraft und Bindung an Gerichtsentscheidungen . . . . .	545
<b>Stichwortverzeichnis . . . . .</b>	<b>547</b>

## Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur

- BeckOK GG/Bearbeiter*, Volker Epping/Christian Hillgruber (Hrsg.), BeckOK Grundgesetz, 57. Edition, Stand 15.01.2024
- BeckOK BauordnungsR BW/Bearbeiter*, Willy Spannowsky/Michael Uechtritz, BeckOK Bauordnungsrecht Baden-Württemberg, 28. Edition, Stand 01.04.2024
- BeckOK Polizeirecht BW/Bearbeiter*, Markus Möstl/Christoph Trurnit, BeckOK Polizeirecht Baden-Württemberg, 31. Edition, Stand 01.12.2023
- BeckOK VwGO/Bearbeiter*, Herbert Posser/Heinrich Amadeus Wolff/Andreas Decker, BeckOK Verwaltungsgerichtsordnung, 69. Edition, Stand 01.04.2024
- BeckOK VwVfG/Bearbeiter*, Johann Bader/Michael Ronellenfitsch, BeckOK VwVfG mit VwVG, VwZG, 63. Edition, Stand 01.04.2024
- Bull/Mehde, VerwR*, Hans Peter Bull/Veith Mehde, Allgemeines Verwaltungsrecht mit Verwaltungslehre, 10. Auflage 2022
- Calliess/Ruffert, EUV/AEUV*, Christian Calliess/Matthias Ruffert (Hrsg.), EUV/AEUV, Kommentar, 6. Auflage 2022
- Detterbeck, VerwR*, Steffen Detterbeck, Allgemeines Verwaltungsrecht mit Verwaltungsprozessrecht, 21. Auflage 2023
- Engelhardt/App/Schlatmann/Bearbeiter, VwVG VwZG*, Arne Schlatmann (Hrsg.), Verwaltungsvollstreckungsgesetz Verwaltungszustellungsgesetz, Kommentar, 12. Auflage 2021
- Gassner, Fit für Prüfungen im Verwaltungsrecht*, Kathi Gassner, Fit für Prüfungen im Verwaltungsrecht, 1. Auflage 2019
- Gassner/Seith/Bearbeiter*, Kathi Gassner/Sebastian Seith (Hrsg.), Ordnungswidrigkeitengesetz, Handkommentar, 2. Auflage 2020
- Grziwotz, Vertragsgestaltung im öffentlichen Recht*, Herbert Grziwotz, Vertragsgestaltung im öffentlichen Recht, 2002
- GVR I/Bearbeiter*, Andreas Voßkuhle/Martin Eifert/Christoph Möllers (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Band I, 3. Auflage 2022
- GVR II/Bearbeiter*, Andreas Voßkuhle/Martin Eifert/Christoph Möllers (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Band II, 3. Auflage 2022
- Huber/Voßkuhle/Bearbeiter*, Peter M. Huber/Andreas Voßkuhle, Grundgesetz, Kommentar, 8. Auflage 2024
- Jarass/Pieroth/Bearbeiter, GG*, Hans D. Jarass/Martin Kment, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Kommentar, 18. Auflage 2024
- Kopp/Ramsauer/Bearbeiter, VwVfG*, Ulrich Ramsauer (Hrsg.), Verwaltungsverfahrensgesetz, Kommentar, 24. Auflage 2023
- Kopp/Schenke/Bearbeiter, VwGO*, Wolf-Rüdiger Schenke (Hrsg.), Verwaltungsgerichtsordnung, Kommentar, 29. Auflage 2023



- Maurer/Waldhoff, VerwR*, Hartmut Maurer/Christian Waldhoff, Allgemeines Verwaltungsrecht, 21. Auflage 2024
- Schenke, Polizei- und Ordnungsrecht*, Wolf-Rüdiger Schenke, Polizei- und Ordnungsrecht, 12. Auflage 2023
- Schenke, Verwaltungsprozessrecht*, Wolf-Rüdiger Schenke, Verwaltungsprozessrecht, 18. Auflage 2023
- Schoch/Schneider/Bearbeiter, VwGO*, Friedrich Schoch/Jens-Peter Schneider (Hrsg.), Band Verwaltungsgerichtsordnung, Kommentar, 44. Ergänzungslieferung, Stand März 2023
- Stelkens/Bonk/Sachs/Bearbeiter, VwVfG*, Michael Sachs/Heribert Schmitz/Ulrich Stelkens (Hrsg.), Verwaltungsverfahrensgesetz, Kommentar, 10. Auflage 2023

## Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AEAO	Anwendungserlass zur Abgabenordnung
a. F.	alte Fassung
AGVwGO	Ausführungsgesetz des Landes Baden-Württemberg zur VwGO
AO	Abgabenordnung
apf	Ausbildung, Prüfung, Fachpraxis (Zeitschrift)
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
BAIUDBw	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
BALM	Bundesamt für Logistik und Mobilität
BAPersBw	Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr
BauGB	Baugesetzbuch
BBesG	Bundesbesoldungsgesetz
BBodSchG	Bundesbodenschutzgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BHO	Bundeshaushaltsordnung
BImSchG	Bundesimmissionsschutzgesetz
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BT-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundestages
BuW	Betrieb und Wirtschaft (Zeitschrift)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BwDLZ	Bundeswehrdienstleistungszentrum
BWGZ	Die Gemeinde (Zeitschrift)
DÖV	Die öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DS-GVO	Datenschutz-Grundverordnung (VO (EU) 2016/679)
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EU	Europäische Union
EU-Dienstleistungsrichtlinie	Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.12.2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union

EUV	Vertrag über die Europäische Union
FeV	Fahrerlaubnisverordnung
Fn.	Fußnote
FStrG	Bundesfernstraßengesetz
GastG	Gaststättengesetz
GBL	Gesetzblatt
GBZugV	Berufszugangsverordnung für den Güterkraftverkehr
GemO BW	Gemeindeordnung für Baden-Württemberg
GewArch	Gewerbearchiv (Zeitschrift)
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GKZ BW	Gesetz über kommunale Zusammenarbeit Baden-Württemberg
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GüKG	Güterkraftverkehrsgesetz
GüKKostV	Kostenverordnung für den Güterkraftverkehr
GüKVwV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Güterkraftverkehrsrecht
GüKZuVO BW	Güterkraftverkehrs-Zuständigkeitsverordnung Baden-Württemberg
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HebBO BW	Hebammenberufsordnung Baden-Württemberg
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätze-gesetz
h. L.	herrschende Lehre
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
IFG	Informationsfreiheitsgesetz
IHK	Industrie- und Handelskammer
InsO	Insolvenzordnung
i. V. m.	in Verbindung mit
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
LBesG BW	Landesbesoldungsgesetz Baden-Württemberg
LBO BW	Landesbauordnung Baden-Württemberg
LHO	Landeshaushaltsordnung
LKrO BW	Landkreisordnung für Baden-Württemberg
LRA	Landratsamt
LVG BW	Landesverwaltungsgesetz Baden-Württemberg
LVwVfG	Landesverwaltungsverfahrensgesetz Baden-Württemberg
LVwVG	Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz Baden-Württemberg
LVwVGKO	Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz-kostenordnung Baden-Württemberg
LVwZG	Landesverwaltungszustellungsgesetz Baden-Württemberg
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)

NordÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland (Zeitschrift)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
OZG	Onlinezugangsgesetz
PolG BW	Polizeigesetz Baden-Württemberg
PolVOgH	Polizeiverordnung des Innenministeriums und des Ministeriums Ländlicher Raum über das Halten gefährlicher Hunde
Rn.	Randnummer
RP	Regierungspräsidium
S.	Satz
SGB	Sozialgesetzbuch
StrG BW	Straßengesetz Baden-Württemberg
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung
UIG	Umweltinformationsgesetz
UZwG	Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg (Zeitschrift)
VerkG	Verkündungsgesetz
VerwR	Verwaltungsrecht
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
VgV	Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz (Bund)
VwVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz (Bund)
VwZG	Verwaltungszustellungsgesetz (Bund)
VO 1071/2009	Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21.10.2009 zur Festlegung gemeinsamer Regeln für die Zulassung zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers und zur Aufhebung der Richtlinie 96/26/EG des Rates
VO 1072/2009	Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21.10.2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum Markt des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs (Neufassung)
WG BW	Wassergesetz Baden-Württemberg
WHG	Wasserhaushaltsgesetz (Bund)
ZVG	Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung

Im Übrigen wird auf *Kirchner*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 10. Aufl. 2021, verwiesen.



# Teil 1:

## Arbeitsmethode und Ausgangsfälle

### 1. Kapitel: Arbeitsmethode

Im Studienfach „Verwaltungsrecht“ an den Hochschulen für öffentliche Verwaltung lernen Sie, verwaltungsrechtliche Fragestellungen allein mit Hilfe des Gesetzes (so regelmäßig die Klausursituation) bzw. unter Auswertung von Literatur und Rechtsprechung (so in Haus-, Seminar-, Bachelor- bzw. Diplomarbeiten und vor allem in der späteren Berufspraxis) **gutachtlich** beantworten sowie rechtmäßige (und zweckmäßige) **Verwaltungsentscheidungen entwerfen** zu können. 1

Je nachdem, in welchem Verwaltungsbereich Sie später eingesetzt sind, benötigen Sie ein unterschiedliches „**Wissen im Verwaltungsrecht**“. Was Sie als Berufsanfänger(in) im „gehobenen Verwaltungsdienst“<sup>1</sup> an Grundwissen über das **allgemeine Verwaltungsrecht**<sup>2</sup> mitbringen müssen, lernen Sie in diesem Lehrbuch, das außerdem aus der Perspektive der Verwaltungsbehörde in das **Verwaltungsprozessrecht einführt**. Für Ihr Studium und die spätere berufliche Tätigkeit benötigen Sie außerdem bestimmte „**Basiskompetenzen**“, nämlich um Recht anwenden, praktische Rechtsfragen gutachtlich prüfen, Literatur und Rechtsprechung auswerten und praktische Entscheidungen entwerfen zu können. Auch dies lernen Sie in diesem Lehrbuch. Auf das wissenschaftliche Arbeiten im Verwaltungsrecht bereitet das Lehrbuch nur eingeschränkt vor. Tipps zum Anfertigen verwaltungsrechtswissenschaftlicher Bachelor- oder Diplomarbeiten finden Sie z. B. in dem Übungsbuch „*Gassner*, Fit für Prüfungen im Verwaltungsrecht“. Dort finden Sie auch zahlreiche Übungsklausuren zum allgemeinen Verwaltungsrecht und sonstige Übungen.

Das „Grundwissen“ und die „Basiskompetenzen“ erarbeiten wir uns in diesem Lehrbuch zum einen **schrittweise** und zum anderen **praktisch anschaulich** anhand der hier gleich folgenden fiktiven Ausgangsfälle.

**Buchaufbau:** Nachdem wir uns in **Teil 1** mit der Arbeitsmethode und den Ausgangsfällen vertraut gemacht haben, erarbeiten wir uns in **Teil 2** die er- 2

---

1 Bzw. für das erste Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2.

2 Das Staatshaftungsrecht (Pflichtstoff an den Universitäten im Fach Verwaltungsrecht) gehört an den meisten Hochschulen für öffentliche Verwaltung nicht zum Pflichtlernstoff und wird hier daher auch nicht erörtert.